



Industrie- und Handelskammer
Mittlerer Niederrhein

Ihr Ansprechpartner:

Jürgen Steinmetz

Telefon:

02151 635 300

Telefax:

02151 635 - 44 330

E-Mail:

steinmetz@mittlerer-niederrhein.ihk.de

Protokoll der Vollversammlung der IHK Mittlerer Niederrhein am 29. Juni 2021 um 16:00 Uhr im Zeughaus Neuss

Anwesend

Präsidium

Präsident Elmar te Neues
Vizepräsident Rainer Höppner
Vizepräsident Dr. Claus Schwenzer

Vizepräsidentin Susanne Thywissen
Vizepräsident Hartmut Wnuck

Mitglieder

Norbert Bienen
Christoph Borgmann
Oliver Bürkel
Tania Cosmann
Markus Dannhauer
Dunja Freimuth
Svenja Fusten-Görtz
Ulrike Gewehr
Beate Gothe
Dr. Klaus van Haag
Caroline Hartmann-Serve
Philipp Hemmrich
Josef Hiller
Rolf E. Kalthöfer
Peer Kesper
Frank Kindervatter
Rolf A. Königs

Lothar Krengel
Wolf-Reinhard Leendertz
Matthias Melcher
Anja Raubinger
Klaus Reh
Dr. Max Reiners
Christoph Rochow
Heinz Schmidt
Thomas Schmitz
Ralf Schwarz
Theodor Schornstein
Thomas Timmermanns
Dr. Eberhard Uhlig
Burkard Ungricht
Nora Wisbert
David Zülow

Ehrenpräsidenten

Wilhelm Werhahn

Gäste

Ministerin Yvonne Gebauer
Meike Maß
Stephanie Pudenz

Mitarbeiter der IHK

Jürgen Steinmetz
Martin van Treeck
Dr. Ron Brinitzer
Daniela Perner
Tim A. Küsters

Lutz Mäurer
Truc Ly Nguyen
Bianca Schlünkes
Jan Schoofs
Peter Terhaag

Tagesordnung

Tagesordnung

- TOP 1 Genehmigung des Protokolls vom 4. März 2021
- TOP 2 Bericht des Präsidiums und des Hauptgeschäftsführers
- TOP 3 Feststellung des Jahresabschlusses 2020 und Ergebnisverwendungsvorschlag
- TOP 4 Entlastung von Präsidium und Hauptgeschäftsführer für das Wirtschaftsjahr 2020
- TOP 5 Beschluss über eine Kapitalisierung der IHK DIGITAL GmbH
- TOP 6 Beschluss über eine modifizierte Verlängerung des Darlehens an die Bürgschaftsbank NRW GmbH
- TOP 7 Beschluss der wirtschaftspolitischen Positionen der IHK-Organisation
- TOP 8 Umbau der IHK in Mönchengladbach
 - a) Sachstand
 - b) Beschluss über Baumaßnahmen
- TOP 9 Zukunft der beruflichen Bildung
 - a) Gastvortrag von Yvonne Gebauer, Ministerin für Schule und Bildung des Landes Nordrhein-Westfalen
 - b) Beschluss des Positionspapiers „(Berufliche) Bildung 2021-2025“
- TOP 10 Beschluss des Positionspapiers „Mehr Mut zum Unternehmertum“
- TOP 11 Bundestagswahl 2021
 - a) Aktivitäten der IHK
 - b) Beschluss eines Positionspapiers
- TOP 12 Vollversammlungswahl 2021 : Sachstand
- TOP 13 Anfrage des Vollversammlungsmitglieds Jiota Kallianteri
- TOP 14 Bericht aus den Ausschüssen
- TOP 15 Neuberufung in die Ausschüsse
- TOP 16 Verschiedenes

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Begrüßung und Beschlussfähigkeit

Präsident te Neues eröffnet die Sitzung der Vollversammlung, begrüßt die Mitglieder und weist auf die Maßnahmen zum Infektionsschutz hin. Er stellt die Beschlussfähigkeit der Vollversammlung fest.

Protokoll vom 4. März 2021

TOP 1 Genehmigung des Protokolls vom 4. März 2021

Innerhalb der Frist nach § 5 Abs. 10 S. 3 Satzung seien keine Anmerkungen zum übersandten Protokoll der Sitzung vom 4. März 2021 eingereicht worden, konstatiert **Präsident te Neues**. Damit sei es genehmigt.

**Konjunkturelle
Entwicklung**

Herr Steinmetz berichtet über die konjunkturelle Lage in der Region. Die gemeinsame Konjunktumfrage mit der IHK Düsseldorf bei 800 Unternehmen mit 75.000 Beschäftigten zeige im Frühjahr ein gespaltenes Bild. Auf der einen Seite sei der Anteil der Betriebe, die eine gute Lage melden, spürbar angewachsen. Dies gelte insbesondere für die Industrie, die von einem Nachfrageschwung aus dem Ausland profitiere. Auf der anderen Seite hätten sich viele kontaktintensive Betriebe, wie etwa der Einzelhandel und einige Dienstleister, monatelang im Lockdown befunden. Ihre Lagebewertung und Geschäftserwartung sei im Frühjahr entsprechend verhalten gewesen. Die nächste Konjunktumfrage werde nach der Bundestagswahl durchgeführt, informierte **Herr Steinmetz**.

Impfen im Betrieb

Bis vor wenigen Wochen hatten die Unternehmen noch mit steigenden Infektionszahlen und zahlreichen Beschränkungen zu kämpfen, ruft **Herr Steinmetz** den Anwesenden ins Gedächtnis. Die IHK habe die Betriebe mit ihrer Corona-Hotline, ihrem Newsletter, ihren Beratungsangeboten, mit Schulungen für testende Mitarbeiter und mit einem umfassenden Informationsangebot unterstützt.

Seit dem 7. Juni 2021 impften nun auch die Betriebsärzte. Hilfe benötigten insbesondere die Betriebe ohne eigenen Betriebsarzt. Daher arbeite die IHK mit der AOK an einem gemeinsamen Angebot für die Unternehmen am Mittleren Niederrhein, gibt **Herr Steinmetz** bekannt. Es seien zwei Impfmobile in der gesamten Region unterwegs, die interessierte Betriebe anfahren und dort die Mitarbeiter impfen. Daneben habe sich die IHK erfolgreich dafür eingesetzt, dass in allen vier Teilregionen des IHK-Bezirks die Betriebe auf die Infrastruktur der kommunalen Impfzentren zurückgreifen können.

Ausbildungsmarkt

Die Pandemie sei nach wie vor auch auf dem Ausbildungsmarkt zu spüren, berichtet **Herr Steinmetz**. Derzeit lägen die Eintragungen Ende Mai in etwa auf dem Vorjahresniveau. Gegenüber dem Referenzjahr 2019 betrage das Minus allerdings rund 22 %. Ziel sei, mindestens das Niveau des vergangenen Jahres mit insgesamt rund 4.000 neu eingetragenen Ausbildungsverhältnissen zu erreichen, um dann nach dem Ende der Pandemie wieder auf den Ausgangswert von 2019 zu gelangen. Vor diesem Hintergrund werbe die IHK bei den Unternehmen und bei Schülerinnen und Schülern mit Formaten wie dem virtuellen Azubi-Speed-Dating intensiv für die duale Ausbildung. Ein neues Angebot sei die AzubiCard, mit der Auszubildende von Vergünstigungen profitieren können. Er freue sich, wenn sich viele Mitgliedsunternehmen beteiligten.

**erweiterte
Servicezeiten**

Seit einigen Wochen biete die IHK für bestimmte Beratungen auf Anfrage auch am Rande der regulären Öffnungszeiten und an Samstagen Termine an, berichtet **Herr Steinmetz**. Die Terminvereinbarung sei über die Homepage unkompliziert möglich. Damit werde der Service weiter verbessert. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nutzten dafür das Homeoffice. Für die IHK entstehe kein Mehraufwand.

kommunalpolitische Gespräche

Die politische Interessenvertretung auf kommunaler Ebene gehöre zu den Kern-Aktivitäten der IHK, erläutert **Herr Steinmetz**. In diesem Rahmen führe er derzeit mit den Hauptverwaltungsbeamten und den Fraktionsspitzen aus den Vertretungen in Krefeld, Mönchengladbach, Neuss, Viersen, dem Kreis Viersen und dem Rhein-Kreis Neuss virtuelle Gespräche zur Situation des Wirtschaftsstandorts. Rund ein halbes Jahr nach der Kommunalwahl und mit Blick auf die Pandemie gebe es zahlreiche Anknüpfungspunkte.

IHK-Gesetz

Herr Steinmetz informiert über die Reform des IHK-Gesetzes. Das neue Gesetz sei in der vergangenen Woche vom Bundesrat verabschiedet worden. Bis das Gesetz nach der Ausfertigung durch den Bundespräsidenten und die Veröffentlichung in Kraft tritt, dauere es noch wenige Wochen.

Herr Steinmetz fasst einige wesentliche Änderungen zusammen:

- Der Kompetenzbereich der IHKs sei erweitert und konkretisiert worden.
- Künftig gebe es eine gesetzliche Mitgliedschaft aller IHKs im DIHK mit Rechtsaufsicht durch das Bundeswirtschaftsministerium für den DIHK.
- Der Minderheitenschutz werde gesetzlich weiter gestärkt.
- Die Führung der Auslandshandelskammern (AHKs) werde zur gesetzlichen Aufgabe des DIHK.

Mit Blick auf die Struktur und Prozesse der Zusammenarbeit im neuen DIHK ließe das Gesetz Spielraum, der nun gemeinsam gestaltet werden müsse, führt **Herr Steinmetz** aus. Die IHK bringe sich in den Satzungsprozess aktiv ein. Zum 1. Januar 2023 werde der DIHK e.V. dann in eine Bundeskammer (Körperschaft des öffentlichen Rechts) umgewandelt.

IHK-Initiative für den Wendersplatz in Neuss

Das neue Prüfungs- und Weiterbildungszentrum auf einem Campus für Innovation und Bildung Neuss nehme immer weiter Gestalt an, berichtet **Herr Steinmetz**. In den nächsten Wochen werde sich der Rat der Stadt Neuss mit dem Wendersplatz befassen und den städtebaulichen Wettbewerb auf den Weg bringen. Bei allen bisher diskutierten Nutzungsvarianten werde die IHK als Hauptakteur berücksichtigt.

Die Hochschule Niederrhein habe inzwischen mit einem LOI ihre Bereitschaft zu einem Engagement im Verbund mit der IHK und anderen Partnern erklärt. Konkret beabsichtige sie, das Lebensmittel Launch Center, eine Studienberatung und ein akademisches Weiterbildungsangebot in Neuss aufzubauen.

Mit dem Lebensmittel Launch Center sei der Grundstein für ein thematisches Cluster rund um den Bereich Lebensmittelindustrie/Agrobusiness gelegt, der hervorragend zu Neuss und den Wendersplatz mit seiner Nähe zum Hafen passe. Umfangreiche Überlegungen zielten darauf ab, weitere Partner zu diesem Schwerpunkt wie die „ZukunftsFabrik Ernährung“ und den „FOODTECH HUB“ als Inkubator für Gründer im Foodbereich zu gewinnen.

Die bisherigen Aktivitäten und Überlegungen habe das Beratungsunternehmen *rheform* in dem ausliegenden Papier zusammengefasst. Die IHK werde am 2. Juli 2021 eine gemeinsame Erklärung über die Zukunft des Wendersplatzes mit der Hochschule Niederrhein und der Stadt Neuss unterzeichnen.

Die IHK bringe sich aktiv in die Ideenwerkstatt ein, die nach den Planungen der Stadt Neuss voraussichtlich Mitte August beginnen werde und im Oktober ihren Abschluss finden solle.

IHK trifft...

Unter dem Titel „IHK trifft...“ habe die IHK eine dreiteilige Serie von virtuellen Veranstaltungen mit prominenten Gästen aufgesetzt, informiert **Herr Steinmetz**. Am 25. Mai sei Bundespräsident a.D. Christian Wulff mit seinem Vortrag „Ambitionierte Anstrengungen für Deutschland“ zu Gast. Am 17. Juni treffe die IHK Christian Lindner zum Thema „Deutschland nach der Krise... Was sich ändern muss.“ Mit Bundesminister Peter Altmaier finde am 12. Juli das Format mit dem Schwerpunkt „So gelingt der Strukturwandel im Rheinischen Revier“ statt.

TOP 3 Feststellung des Jahresabschlusses 2020 und Ergebnisverwendungsvorschlag

Ergebnis und Verwendungs- vorschlag

Herr Steinmetz informiert über das Ergebnis 2020 in Höhe von 5.339,8 T€. Mit einem so guten Ergebnis sei mit Blick auf die Corona-Pandemie nicht zu rechnen gewesen. Es werde vorgeschlagen, das Ergebnis auf neue Rechnung vorzutragen. **Herr Steinmetz** erinnert an die bereits mit dem Wirtschaftsplan 2021 beschlossene teilweise Verwendung des Ergebnisses von 2.779 T€. Darüber hinaus habe die Vollversammlung im Dezember 2020 beschlossen, bei Mittelverfügbarkeit die Baurücklage für den Neubau der IHK-Geschäftsstelle in Neuss weiter zu dotieren. Nach der aktuellen Kostenschätzung fehlen – unter Berücksichtigung des geschätzten Verkaufserlöses für das Altgebäude – noch 1.302 T€ zur Ausfinanzierung der Baumaßnahme.

Haushalts- entwicklung

Die positive Entwicklung der IHK-Beiträge und die trotz der Corona-Pandemie erfreuliche Ertragslage in der IHK-Weiterbildung seien wichtige Ergebnistreiber gewesen, erklärt **Herr van Treeck**. Die aus Gründen der Vorsicht bei Aufkommen der Pandemie aufgesetzten Sparprogramme hätten ebenfalls zum Ergebnis beigetragen. Weitere Verbesserungen hätten sich über einen gesunkenen Betriebsaufwand durch die finale Aufgabe von geschobenen Projekten und Veranstaltungen ergeben, erläutert **Herr van Treeck**. Hintergrund sei die sich Ende des Jahres gegen alle Hoffnungen wieder deutlich verschlechternde Corona-Lage in Deutschland gewesen, die einigen Vorhaben endgültig die Realisierungschancen für das Jahr 2020 genommen habe. Im Zuge dieser Entwicklung seien diverse Aufwandspositionen gegen Jahresende noch einmal signifikant gesunken.

Beschluss

Die Vollversammlung fasst einstimmig den folgenden Beschluss:

Die Vollversammlung der IHK Mittlerer Niederrhein beschließt:

- 1) **Der Jahresabschluss des Jahres 2020 wird mit einem Ergebnis von 5.339,8 T€ festgestellt.**
- 2) **Das Ergebnis des Jahres 2020 von 5.339,8 T€ wird auf neue Rechnung vorgetragen. Aus dieser Summe soll in Höhe von 1.302 T€ die Ausfinanzierung der Baurücklage für das „Prüfungs- und Weiterbildungszentrum“ in Neuss vorgenommen werden.**

TOP 4 Entlastung von Präsidium und Hauptgeschäftsführer für das Wirtschaftsjahr 2020

Prüfungsschwerpunkt

Herr Dr. Reiners berichtet über den Verlauf und das Ergebnis der ehrenamtlichen Rechnungsprüfung. Seine Ausführungen sind in der Anlage dokumentiert.

Herr Dr. Reiners beantragt, dem Präsidium und dem Hauptgeschäftsführer Entlastung für das Wirtschaftsjahr 2020 zu erteilen.

Diskussion

Herr van Treeck bringt zunächst sein Erstaunen über die nun vorgetragene Feststellung von Herrn Dr. Reiners zum Ausdruck. In den zahlreichen Kontakten der vergangenen Wochen habe Herr Dr. Reiners in keiner Weise angedeutet, eine unangemessene Risikoposition in der Bilanz der IHK zu erkennen.

Herr van Treeck weist darauf hin, dass die angesprochene Geldanlage bereits seit Jahren in bedeutender Höhe bestehe. In dieser Zeit hätten die Wirtschaftsprüfer der Rechnungsprüfungsstelle bei ihrer jährlichen Nachschau kein unsachgemäß gemanagtes Risiko bei den Geldanlagen befunden und auch keine andere Darstellung im Lagebericht gefordert. Gleiches gelte für die damit langjährig befassten IHK-Gremien wie Präsidium und Finanzausschuss sowie die vorangegangenen ehrenamtlichen Rechnungsprüfer der Vollversammlung.

Herr van Treeck führt aus, dass jede Form der Geldanlage untrennbar mit einem Verlustrisiko einhergehe. Dem habe die IHK aber mit der gebotenen kaufmännischen Sorgfalt Rechnung getragen. So würden die Gelder von der DWS Group, einem der weltweit führenden Vermögensverwalter, gemanagt. Die Sicherheit der Anlagen würde zudem durch Leitlinien flankiert, die das IHK-Präsidium entwickelt habe und die der DWS klare Risiko-Vorgaben unter anderem zum Aktienanteil und zum Mindestrating machen. Die Einhaltung dieser Standards sowie die Rendite der Anlagen würden von Haupt- und Ehrenamt laufend überwacht. Die Performance des Fonds sei vor dem Hintergrund der primär auf Sicherheit bedachten Vorgaben sehr ordentlich. Die Kostenstruktur sei ebenfalls unauffällig.

Diskussion

Vizepräsident Dr. Schwenger dankt Herrn Dr. Reiners für die Prüfung. Er weist darauf hin, dass sich das Präsidium mehrfach und ausführlich mit der Finanzierung der Pensionsverpflichtungen befasst habe. Riskantere Anlagestrategien mit höherem Renditepotenzial seien dabei ausdrücklich verworfen worden. **Frau Gothe** ergänzt, dass die IHK mit ihrer Strategie bislang gut gefahren sei. Mit Blick auf künftige Risiken rate sie gemeinsam mit Herrn Dr. Reiners gleichwohl dazu, den Sachverhalt weiterzuverfolgen.

Beschluss

Die Vollversammlung fasst einstimmig den folgenden Beschluss:

Die Vollversammlung beschließt, dem Präsidium und dem Hauptgeschäftsführer für das Jahr 2020 Entlastung zu erteilen.

TOP 5 Beschluss über eine Kapitalisierung der IHK DIGITAL GmbH

Funktion der IHK Digital GmbH

Nach der im Dezember beschlossenen Beteiligung der IHK Mittlerer Niederrhein am Stammkapital der IHK DIGITAL GmbH solle im zweiten Schritt eine Kapitalrücklage aufgebaut werden, berichtet **Herr van Treeck**. Für die Entwicklung neuer digitaler Produkte solle die IHK DIGITAL GmbH die produktbezogenen Vorentwicklungskosten selbst vorfinanzieren und dann über den Produktpreis und die Laufzeit refinanzieren.

Kapitalrücklage

Um die Gesellschaft dazu in die Lage zu versetzen, solle eine Kapitalrücklage in Höhe von rund 2 Mio. Euro aufgebaut werden. Der Anteil der IHK Mittlerer Niederrhein an der Kapitalrücklage würde gemäß des Gesellschafteranteils 27.683,05 Euro betragen. Die Kapitalisierung solle auf Basis nicht verwendeter Budgetreste aus dem Jahr 2019 in Höhe von 36.209,09 Euro erfolgen. Die IHK Mittlerer Niederrhein hätte somit nach dem Vorgang per Saldo noch eine Forderung gegenüber der IHK DIGITAL GmbH in Höhe von 8.526,04 Euro.

Beschluss

Die Vollversammlung fasst einstimmig den folgenden Beschluss:

Die Vollversammlung beschließt gem. § 4 Abs. 2 S. 2 lit c der Satzung der IHK Mittlerer Niederrhein i.V.m. §§ 7 Abs. 2 und 20 Abs. 2 des Finanzstatuts der IHK Mittlerer Niederrhein, dass sich die IHK Mittlerer Niederrhein an der Kapitalisierung der IHK DIGITAL GmbH mit einem Betrag von 27.683,05 Euro beteiligt.

TOP 6 Beschluss über eine modifizierte Verlängerung des Darlehens an die Bürgschaftsbank NRW GmbH

Hintergrund

Herr van Treeck erläutert, dass die Bürgschaftsbank NRW GmbH Ausfallbürgschaften für Kredite an mittelständische Unternehmer übernehme, wenn diese ihrem Kreditinstitut keine ausreichenden Sicherheiten stellen können. In einer Wachstumsphase der Bürgschaftsbank im Jahr 1998 hätten viele Gesellschafter der Bank zur Stärkung des Eigenkapitals langfristige, nachrangige und zinsfreie Gesellschafterdarlehen von insgesamt 3.424 T€ gewährt. Der Anteil der IHK Mittlerer Niederrhein betrage 48.777,25 €. Die damalige Regelung zur Eigenkapitalstärkung entspreche aktuell nicht mehr den Anforderungen der Bankenaufsicht und bedarf einer Überarbeitung, berichtet **Herr van Treeck**.

Meinungsbild der NRW-IHKs

Im Rahmen der aktuellen Entscheidung habe unter den IHKs in NRW große Einigkeit bestanden, dass die Umwandlung in freie Rücklagen die beste Option zur Stärkung der wichtigen Arbeit der Bürgschaftsbank für die Mitgliedsunternehmen sei. Diese Option hätten auch die Bürgschaftsbank und das Land NRW favorisiert. Auch der Finanzausschuss und das Präsidium der IHK Mittlerer Niederrhein wären diesen Weg mitgegangen, informiert **Herr van Treeck**.

Meinungsbild der weiteren Darlehensgeber	Das Meinungsbild aller weiteren Darlehensgeber habe im Aufsichtsrat der Bank jedoch kürzlich gezeigt, dass eine Umwandlung in freie Rücklagen aus formalen, regulatorischen Gesichtspunkten vor allem für die beteiligten Kreditinstitute keine Option sei. Einer Verlängerung des unverzinslichen Darlehens stehe der weit überwiegende Teil der Darlehensgeber jedoch positiv gegenüber. Der Aufsichtsrat wünsche für die Gesellschafterdarlehen eine weitgehend einheitliche Regelung.
Lösungsvorschlag	Die Mehrheit der Darlehensgeber werde eine modifizierte Verlängerung des Darlehens mit einer Kündigungsfrist von 5 Jahren, erstmals wirksam nach einer Laufzeit von 10 Jahren, realisieren, berichtet Herr van Treeck . Zugleich werde der Aufsichtsbehörde die Befugnis eingeräumt, die Darlehensbeträge im (sehr unwahrscheinlichen) Abwicklungsfall der Bank herabzusetzen bzw. in „echtes“ Eigenkapital zu wandeln. Dieser Lösung wolle sich die IHK Mittlerer Niederrhein für ihren Teilbetrag anschließen.
Beschluss	Die Vollversammlung fasst einstimmig den folgenden Beschluss: Der Geschäftsführung wird die Genehmigung zur modifizierten Verlängerung des bisher der Bürgschaftsbank NRW GmbH gewährten Darlehens in Höhe von 48.777,25 Euro erteilt: Das weiterhin unverzinsliche Darlehen soll mit einer Kündigungsfrist von 5 Jahren, erstmals wirksam nach einer Laufzeit von 10 Jahren, verlängert werden. Zugleich soll der Aufsichtsbehörde die Befugnis eingeräumt werden, den Darlehensbeträge im Abwicklungsfall der Bank herabzusetzen bzw. in „echtes“ Eigenkapital zu wandeln.
TOP 7 Beschluss der wirtschaftspolitischen Positionen der IHK-Organisation	
Bedeutung	Die wirtschaftspolitischen Positionen seien eine wichtige Grundlage für Äußerungen, Stellungnahmen und Aktivitäten der IHK Mittlerer Niederrhein, erläutert Herr Steinmetz . Sie deckten ein breites Themenspektrum ab und seien unter Mitarbeit der IHKs aktualisiert sowie in den Fachausschüssen der IHK Mittlerer Niederrhein besprochen worden.
Beschluss	Die Vollversammlung fasst einstimmig den folgenden Beschluss: Die Vollversammlung beschließt die wirtschaftspolitischen Positionen.
TOP 8 Umbau der IHK in Mönchengladbach: a) Sachstand b) Beschluss über Baumaßnahmen	
Konkretisierung der Planung	Das Architektenbüro Dr. Schrammen habe die Pläne für den Umbau der IHK in Mönchengladbach weiter konkretisiert und dem Bauausschuss vorgestellt, berichtet Präsident te Neues .

Rahmen und Prozess

Als Mitglied des Bauausschusses fasst **Herr Bienen** den aktuellen Stand zusammen. Investition in den Standort Mönchengladbach seien rund 20 Jahre nach der letzten Modernisierung geboten. Der Umbau des Gebäudes in Mönchengladbach leiste einen wichtigen Beitrag zur Zukunftsfähigkeit der IHK vor Ort. Aus dem anonymen Wettbewerb sei im vergangenen Jahr das Architekturbüro Dr. Schrammen als Sieger hervorgegangen. Die Pläne sähen drei wesentliche Komponenten vor: erstens die Schaffung eines Prüfungs- und Weiterbildungszentrums im jetzigen Service Center, zweitens die Neugestaltung der Außenanlagen sowie drittens die Einrichtung von Büroräumen im zweiten Obergeschoss. Der Kostenrahmen für die Baumaßnahmen betrage 1.000.000 € netto.

Brandschutz und Durchgangsvergrößerung

Herr Bienen führt aus, dass zusätzliche Brandschutzmaßnahmen im Erdgeschoss – unter anderem Einrichtung eines zusätzlichen Fluchtweges z.B. durch das Portal im Altbau – erforderlich seien. In diesem Zuge könne der Wunsch aus dem IHK-Ehrenamt umgesetzt werden, die Durchgänge im Treppenhaus zu vergrößern. Diese Maßnahme trage wesentlich zu einem modernen Erscheinungsbild der Räumlichkeiten bei Kunden und Besuchern bei. Die Mehrkosten dieser sinnvollen Investition beliefen sich auf rund 87.000 Euro, die das bislang im Haushalt vorgesehene Bauvolumen entsprechend vergrößern würden.

Beschluss

Die Vollversammlung fasst einstimmig den folgenden Beschluss:

Vorbehaltlich einer Zustimmung durch das Bauordnungsamt und den Arbeitsschutzbeauftragten erfolgt die Fluchtwegführung über das historische Portal im Altbau.

Die Vollversammlung stellt die zusätzlichen Mittel für eine Vergrößerung der Durchgänge im Treppenhaus in Höhe von 87.108 € bereit.

TOP 9 Zukunft der beruflichen Bildung

- a) Gastvortrag von Yvonne Gebauer, Ministerin für Schule und Bildung des Landes Nordrhein-Westfalen
 - b) Beschluss des Positionspapiers „(Berufliche) Bildung 2021-2025“
-

Präsident te Neues begrüßt NRW-Schul- und Bildungsministerin Yvonne Gebauer. Die duale Ausbildung sei für die Unternehmen ein unverzichtbares Instrument, um Fachkräfte zu gewinnen. Deshalb freue er sich sehr, dass die Ministerin heute ihre Perspektive für die Zukunft der beruflichen Bildung vorstelle.

Impuls für die Zukunft der beruflichen Bildung

Herr Steinmetz verweist auf den besonderen Stellenwert, den die Fachkräftesicherung für die Unternehmen am Mittleren Niederrhein habe. Trotz der Corona-Pandemie sei der Mangel an qualifiziertem Personal in der aktuellen IHK-Konjunkturumfrage von knapp 40 Prozent der Unternehmen als großes Geschäftsrisiko genannt worden. Die IHK wolle mit dem heute zur Abstimmung stehendem Diskussionspapier und dem Vortrag von Ministerin Gebauer einen inhaltlichen Impuls für die Zukunft der beruflichen Bildung in NRW geben. Neben

der Fortführung der Initiative „Kein Abschluss ohne Anschluss“ (KAoA) seien aus Sicht der IHK vor allem die Verbesserung der Situation an den allgemeinbildenden Schulen und den Berufsschulen unverzichtbare Maßnahmen.

Gastvortrag

Ministerin Gebauer erläutert in ihrem Gastvortrag die wesentlichen Handlungsfelder und Aktivitäten der nordrhein-westfälischen Landesregierung mit Blick auf die berufliche Bildung. Gemeinsames Ziel aller Akteure sei es, die Kompetenzen der jungen Menschen zu stärken und den wirtschaftlichen Erfolg der Unternehmen zu sichern. **Ministerin Gebauer** skizziert die Digitalisierung als wesentliche Aufgabe, um diesen Anforderungen auch in Zukunft gerecht zu werden. Neben Investitionen in die digitale Schul-Infrastruktur seien dabei digitale Methoden und Lehrinhalte von entscheidender Bedeutung. Darüber hinaus wirbt **Ministerin Gebauer** unter anderem für eine ortsnahe Beschulung auch in geringfrequentierten Ausbildungsberufen und einen strukturierten Übergang in den Beruf. Sie hebt ausdrücklich die Gleichwertigkeit der akademischen und beruflichen Bildung hervor, wozu der Bachelor Professional einen wichtigen Beitrag leiste.

Diskussion

Auf Nachfrage von **Präsident te Neues** erläutert **Ministerin Gebauer**, wie der Distanzunterricht an den Schulen künftig besser gelingen kann. **Ehrenpräsident Werhahn** erkundigt sich nach dem Fach „Wirtschaft“ im Schulunterricht. **Ministerin Gebauer** informiert, dass das Fach inzwischen an den Schulen unterrichtet werde und die Ausbildung der Lehrkräfte auf einem guten Weg sei. Die Schulen seien mit hochsensitiven Tests gut auf die nächsten Monate vorbereitet, antwortet **Ministerin Gebauer** auf eine entsprechende Frage von **Frau Gewehr**. **Vizepräsidentin Thywissen** bittet Ministerin Gebauer, ihre Vision für die Bildung der Zukunft zu skizzieren. In Ihrer Antwort verweist **Ministerin Gebauer** auf die Verbreitung von Best Practice-Modellen, die verbesserte Fortbildung der Lehrkräfte, die Stärkung von pädagogisch-didaktischen Konzepten mit Blick auf die Digitalisierung und die Aufteilung der Schulleitungen in einen pädagogischen und einen kaufmännischen Bereich.

Beschluss

Die Vollversammlung fasst bei einer Enthaltung ohne Gegenstimmen den folgenden Beschluss:

Die Vollversammlung beschließt das Positionspapier „(Berufliche) Bildung 2021-2025“.

TOP 10 Beschluss des Positionspapiers „Mehr Mut zum Unternehmertum“

Ausgangslage

Die Gründungsquote habe sich in den letzten 15 Jahren mehr als halbiert, berichtet **Herr Steinmetz**. Gleichzeitig würden allein bis 2028 rund 266.000 Unternehmen vor der Übergabe auf die nächste Generation stehen.

landesspezifische Konkretisierungen

Aktuell trafen die Auswirkungen der Corona-Pandemie Existenzgründungen und Nachfolgewillige hart. Deswegen erfahre die Unterstützung von Gründern wie auch von Nachfolgern eine große Aufmerksamkeit in der aktuellen politischen

Diskussion und absehbar auch bei den anstehenden Wahlen in Bund und Land. Für diese Diskussionen wolle sich IHK NRW mit dem Positionspapier „Mehr Mut zum Unternehmertum“ vorbereiten und eine lückenlose Legitimation im Bereich Gründung und Nachfolge sicherstellen.

Das Papier nehme auf verschiedene landesspezifische Regelungen und Förderprogramme Bezug – zum Beispiel mit Blick auf vorhandene Doppelstrukturen der Gründungsförderung sowie das Beratungsprogramm Wirtschaft NRW – und sei insofern eine sinnvolle Ergänzung zu den wirtschaftspolitischen Positionen.

Beschluss

Die Vollversammlung fasst einstimmig den folgenden Beschluss:

Die Vollversammlung beschließt das Positionspapier „Mehr Mut zum Unternehmertum – Gründung und Nachfolge fördern“.

TOP 11 Bundestagswahl 2021: a) Bericht über die Aktivitäten der IHK b) Beschluss eines Positionspapiers

Sachverhalt

Im September 2021 stehe die Bundestagswahl an, ruft **Herr Steinmetz** ins Gedächtnis. Die Corona-Pandemie habe zu einer erheblichen Wirtschaftskrise und zu deutlich erhöhten Staatsausgaben geführt. Gleichzeitig bestehe mit Blick auf Themen wie Klimaschutz und Digitalisierung enormer wirtschaftspolitischer Handlungsbedarf.

Für die Unternehmen am Mittleren Niederrhein habe die Bundestagswahl eine erhebliche Relevanz, schließlich sei die Wirtschaft in der Region aufgrund ihrer starken Exporttätigkeit und ihrem hohen Industriebesatz von den Wettbewerbsbedingungen in Deutschland überdurchschnittlich stark abhängig.

Aktivitäten

Die IHK werde, wie bei den zurückliegenden Bundestagswahlen, Wahlprüfsteine an die Direktkandidaten in der Region versenden. In Wahlkreisen würden alle Direktkandidaten in den fünf Wahlkreisen auf ihr wirtschaftspolitisches Programm hin überprüft.

Positionspapier

Die IHK habe auf Grundlage der Wirtschaftspolitischen Positionen des DIHK ein Positionspapier mit wichtigen Forderungen an die Bundespolitik erarbeitet. Es solle insbesondere bei den im August und September stattfindenden Wahlforen und bei den ersten Gesprächen nach der Bundestagswahl eingesetzt werden, kündigt **Herr Steinmetz** an.

Beschluss

Die Vollversammlung fasst einstimmig den folgenden Beschluss:

(1) Die Vollversammlung stimmt den Aktivitäten der IHK zur Bundestagswahl zu.

(2) Die Vollversammlung beschließt das Positionspapier zur Bundestagswahl 2021.

TOP 12 Vollversammlungswahl 2021 : Sachstand

Kandidaturen

Herr Steinmetz informiert über das Kandidatenfeld für die Wahl zur Vollversammlung. Trotz den wirtschaftlichen Herausforderungen der Corona-Pandemie sei es gelungen, für die 70 Sitze insgesamt 106 Kandidatinnen und Kandidaten zu gewinnen.

In allen zwölf Wahlgruppen stünden mehr Kandidatinnen und Kandidaten zur Wahl als jeweils Sitze zu vergeben sind. Damit hätten die Unternehmen eine gute Wahlmöglichkeit. Von den 106 Kandidatinnen und Kandidaten seien 49 bereits heute Mitglied in der Vollversammlung. 57 bewürben sich neu um ein Mandat. Der Frauenanteil steige leicht auf 20 Prozent. Alle vier Teilregionen seien im Kandidatenfeld vertreten. Es sei zudem gelungen, kleine, mittlere und große Unternehmen für eine Kandidatur zu gewinnen.

Kampagne

Das Leitmotiv für die Wahlkampagne sei, dass gerade jetzt die Wirtschaft eine starke Stimme benötige. Die Folgen der Corona-Pandemie seien ein wichtiges Thema, aber eben nur eine von vielen Herausforderungen wie Klimaschutz, Digitalisierung und Mobilität, führt **Herr Steinmetz** aus. Plakate, die hauptsächlich für die Social Media-Werbung genutzt würden, griffen diese Themen auf. Der Gedanke, dass IHK-Arbeit ein Gemeinschaftsprojekt ist, finde seinen Ausdruck im Begriff „Gemeinsam“ im Wahl-Logo. Die IHK nutze für ihre Kampagne eine Reihe von Kommunikationsbausteinen. Zentrale Plattform für alle Fragen zur Wahl sei das Wahlportal, auf dem sich ab Anfang Juli auch die Kandidatinnen und Kandidaten vorstellen. Darüber hinaus werde die Wahl in den sozialen Medien intensiv beworben.

TOP 13 Bericht aus den Ausschüssen

Fridays for Future

Herr Ungricht berichtet aus der Sitzung des Ausschusses für Industrie, Energie, Umwelt und Digitales. Klimaschutz und der Strukturwandel im Rheinischen Revier seien dabei die zentralen Themen gewesen. Als Gäste hätten zwei Aktivisten von Fridays for Future Niederrhein sowie der neue Geschäftsführer der Zukunftsagentur Rheinisches Revier (ZRR), Bodo Middeldorf, teilgenommen. Herr Röhrich und Herr Mesch von Fridays for Future Niederrhein hätten den Mitgliedern des Ausschusses neben den zu erwartenden Folgen durch den Klimawandel auch ihre Visionen für eine klimaneutrale Zukunft vorgestellt. Hierzu gehörten ehrgeizige Ziele wie beispielsweise der Kohleausstieg bis 2030. In der Diskussion sei deutlich geworden, dass der Umbau der Wirtschaft hin zur Klimaneutralität für alle tragbar sein müsse, fasst **Herr Ungricht** zusammen.

Strukturwandel

Welche Hürden es in diesem Prozess zu überwinden gibt, habe Herr Middeldorf am Beispiel des Rheinischen Reviers, dem größten Klimaschutzprogramm in ganz Europa, aufgezeigt. Die durch die Braunkohle geprägte Region solle Vorreiter für eine zukunftsorientierte und klimaneutrale Wirtschaft werden. Dabei werde es darum gehen, die bestehenden Unternehmen im Rheinischen Revier auf diesen Prozess vorzubereiten und Rahmenbedingungen zu schaffen, damit neue Betriebe für die Region gewonnen werden können, so **Herr Ungricht**.

TOP 14 Anfrage des Vollversammlungsmitglieds Jiota Kallianteri

Anfrage und schriftliche Beantwortung

Präsident te Neues informiert über eine Anfrage des Vollversammlungsmitglieds Frau Kallianteri zu verschiedenen Fragen mit Bezug zur Corona-Pandemie. Das Thema sei wie gewünscht auf die heutige Tagesordnung gesetzt und die Fragen darüber hinaus schriftlich mit den Erläuterungen zur Sitzung beantwortet worden. Frau Kallianteri habe für die Sitzung abgesagt. Auf Nachfrage von **Präsident te Neues** gibt es keinen weiteren Erörterungsbedarf.

TOP 15 Neuberufung in die Ausschüsse

Ausgangslage

Es werde die Neuberufung von Heike Lechtenberg (Evonik Operations GmbH – Technology & Infrastructure) in den Berufsbildungsausschuss vorgeschlagen, so **Präsident te Neues**.

Beschluss

Die Vollversammlung fasst mit einer Enthaltung ohne Gegenstimmen den folgenden Beschluss:

Die Vollversammlung beruft Heike Lechtenberg in den Berufsbildungsausschuss.

TOP 16 Verschiedenes

Verschiedenes

Es gab keine Wortmeldungen.

nächste Sitzung der Vollversammlung

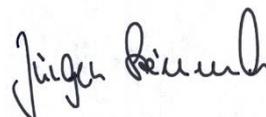
Die nächste Sitzung der Vollversammlung findet am **9. Dezember 2021 um 16 Uhr** statt.

Präsident te Neues dankte den Anwesenden und schloss die Sitzung der Vollversammlung um 17:55 Uhr.

Krefeld, den 13. Juli 2021



Elmar te Neues
Präsident



Jürgen Steinmetz
Hauptgeschäftsführer

REDE VON DR. MAX REINERS, EHRENAMTLICHER RECHNUNGSPRÜFER DER IHK MITTLERER NIEDERRHEIN, VOLLVERSAMMLUNG AM 29. JUNI 2021

Sehr geehrte Damen, sehr geehrte Herren,

die Rechnungsprüfungsstelle hat den Jahresabschluss 2020 der IHK geprüft. Sie hat ihm den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt. Dies und weitere Details können Sie der Beratungsvorlage zu TOP 3 entnehmen.

Frau Gothe und ich haben als ehrenamtliche Rechnungsprüfer auch eigene Prüfungen vorgenommen. Dabei haben wir in diesem Jahr den Schwerpunkt gelegt auf die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen sowie die dem gegenüberstehenden sonstigen Ausleihungen und Rückdeckungsansprüche. Ziel war, das Risiko aufzuzeigen, das sich für die IHK daraus ergibt.

Die erbetenen Auskünfte wurden uns von Martin van Treeck und Peter Terhaag bereitwillig erteilt. Die entsprechenden Unterlagen haben wir eingesehen, Kopien haben wir zu unseren Arbeitspapieren genommen.

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen betragen 25,2 Mio. €. Dies entspricht in etwa 52 % der Bilanzsumme der IHK. "Die Systematik der betrieblichen Altersversorgung bei der IHK Mittlerer Niederrhein wurde wiederholt an die sich verändernden Rahmenbedingungen angepasst und um alternative Produkte ergänzt... das... hat zugleich dazu geführt, dass sich über Jahrzehnte ein recht komplexes System zur Finanzierung und Abwicklung der alten Pensionszusagen bei der IHK entwickelt hat." (aus einem Mail von Herrn Steinmetz vom 6. November 2019) Für uns als ehrenamtliche Rechnungsprüfer ist das System nicht im Detail nachzuvollziehen.

- Die "Sonstigen Ausleihungen und Rückdeckungsansprüche" betragen etwa 40 % der Bilanzsumme der IHK. Ihre Höhe entspricht in etwa den Erträgen aus IHK-Beiträgen eines Jahres. Sie sind somit für die Wirtschaftlichkeit der IHK von sehr großer Bedeutung. Trotzdem wird weder im Jahresabschluss, noch im Bericht der Rechnungsprüfungsstelle näher auf sie und die mit ihnen verbundenen Risiken eingegangen.

Es ist zu erwarten, dass in den nächsten Jahren die Erträge aus den Rentenpapieren - das sind 74 % der Ausleihungen und Rückdeckungsansprüche - rückläufig bzw. negativ sein werden. Steigende Zinsen und damit Kursverluste sowie der Ausfall von Schuldner sind zu erwarten.

Wir empfehlen nachdrücklich, dass sich die zuständigen Gremien - Präsidium, Finanzausschuss und Vollversammlung - und die Rechnungsprüfungsstelle intensiv mit den Risiken aus den Pensionszusagen und ihrer Finanzierung auseinandersetzen. Außerdem fordern wir, dass die Risiken im Jahresabschluss und im Prüfungsbericht umfassend dargestellt werden.

- Angabegemäß hat kein Wettbewerbsvergleich bei der Anlage der Gelder stattgefunden. Die IHK ist als Körperschaft des öffentlichen Rechts den Grundätzen eines sparsamen und wirtschaftlichen Finanzgebarens verpflichtet.

Wir empfehlen deshalb dringend einen Vergleich bei verschiedenen Anbietern in Bezug auf Performance, Kosten und Risiken. Außerdem sollten alternative Anlagen geprüft werden.

- Verantwortungsvolles Handeln gegenüber den Stakeholdern gehört zu den Kernwerten der IHK. Deshalb sollte die IHK wesentliche Umwelt-, Sozial- und Governance-Kriterien auch in ihr Anlageverhalten integrieren. (Vgl. dazu auch "wirtschaftspolitische Positionen der IHK Organisation 2021 - Corporate Social Responsibility: nachhaltiges Wirtschaften unterstützen..." Positionspapier Seite 7)
Dies wird langfristig auch die Erträge verbessern bzw. die Risiken reduzieren. Die Gewerbefreiheit wird dadurch nicht tangiert.

Wir empfehlen deshalb dringend, dass die zuständigen Gremien ESG-Grundsätze für die Finanzanlagen erarbeiten und verabschieden.

Auf der Grundlage des von der Rechnungsprüfungsstelle für die IHK vorgelegten Prüfungsberichtes und unserer eigenen Prüfung schlagen Frau Gothe und ich Ihnen folgenden Beschluss vor:

Die Vollversammlung beschließt, dem Präsidenten und dem Hauptgeschäftsführer für das Jahr 2020 Entlastung zu erteilen.

Es gilt das gesprochene Wort.